

Zu-Meldung:

„Kretschmann plädiert für
begrenzttes Alkoholverbot“

Stuttgarter Zeitung - 07.12.2011



Landesstelle für Suchtfragen

der Liga der freien Wohlfahrtspflege
in Baden-Württemberg e.V.

Die Landesstelle für Suchtfragen (LSS) begrüßt, dass die politische Diskussion um ein begrenztes Alkoholverbot in der Öffentlichkeit weiter geführt wird. Die Auseinandersetzung um den richtigen Weg zur Verhinderung von Alkoholexzessen sollte sich nach Ansicht der LSS an sachlichen Argumenten und Erfahrungen der Fachleute orientieren. Diese raten dazu, steuernd in die Verhältnisse vor Ort einzugreifen, aber gleichzeitig auch die Menschen intensiv zu informieren und konkrete Unterstützungen bei Verhaltensänderungen zu initiieren. Bewährte Konzepte sind bekannt - sie warten darauf, umgesetzt zu werden.

Es ist inzwischen vielfach belegt, dass Steuerungsimpulse wie Verkaufsbegrenzungen, Werbebeschränkungen, Preiserhöhungen oder auch zeitlich und räumlich begrenzte „alkoholfreie Zonen“ insgesamt Wirkung zeigen. Solche Maßnahmen bewirken einen reduzierten Alkoholkonsum. Die Landesstelle für Suchtfragen befürwortet deshalb auch in Ausnahmefällen ordnungsrechtliche Maßnahmen. Diese sind geeignet, eskalierende Situationen, die eindeutig im Zusammenhang mit Alkoholkonsum stehen, auszubremsen. „Es muss aber mit aller Deutlichkeit auch gesagt werden, dass dies nur dazu dient, krisenhafte oder gefährliche Situationen einzudämmen. Solche Maßnahmen dürfen nicht verwechselt werden mit nachhaltiger Suchtprävention“, betont Hansjörg Böhringer, Vorsitzender der Landesstelle. Daher begrüßt die LSS eine verbindliche Regelung im Rahmen des Polizeigesetzes – auch um Anlass bezogene oder gar willkürliche, rein repressiv ausgerichtete Maßnahmen zu vermeiden. Die LSS fordert von den Kommunen, dass ordnungsrechtliche Schritte nur dann zum Einsatz kommen, wenn zusätzlich bewährte, sucht- und gewaltpräventive Konzepte umgesetzt werden. Ganz entscheidend ist hier der politische Wille: Stadt- und Gemeinderäte müssen sich dem Thema Alkoholmissbrauch und Prävention in ihrer Kommune nicht nur Ereignis bezogen stellen und in einer konzertierten Aktion eine lokale Alkoholpolitik auf den Weg bringen. Erst dann werden repressive Instrumente glaubwürdig.

Die Sucht- und Präventionsfachstellen im Land berichten von guten Erfahrungen, wenn Kommunen es wagen, hier Flagge zu zeigen. Das kommunale Engagement für einen vernünftigen Umgang mit Alkohol in allen Lebensbereichen muss an erster Stelle stehen und keine moralische Reglementierung der „auffälligen Jugend“ mit ihren riskanten Alkoholgelagen. Böhringer: „Je häufiger die verantwortlichen Erwachsenen rechtzeitig ihrer Verantwortung nachkommen, desto weniger muss die Polizei eingreifen.“

PRESSEKONTAKT

Eva Weiser M.A.

Geschäftsführerin

Liga der freien Wohlfahrtspflege
in Baden-Württemberg e.V.

Stauffenbergstr. 3

70173 Stuttgart

Tel. 0711 - 61 967 - 12

Fax 0711 - 61 967 - 67

info@liga-bw.de

www.liga-bw.de